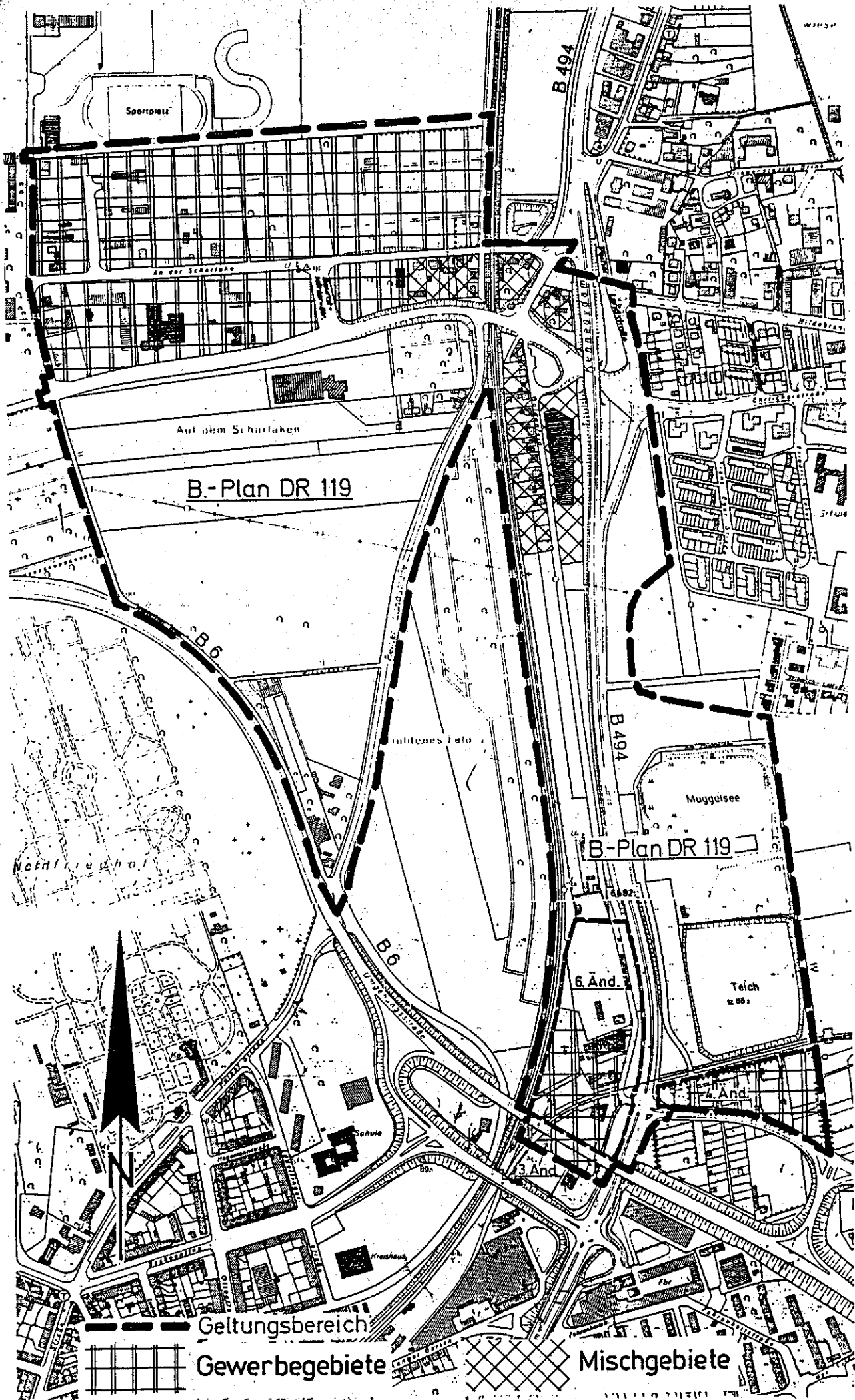


STADT HILDESHEIM

7. Änderung des Bebauungsplans DR 119 "Zwischen Müggelsee, Güldenfeld und Scharlake"

Diese Änderung bezieht sich auch auf die Geltungsbereiche der 1. bis 6. Änderung des Bebauungsplans DR 119.



--- Geltungsbereich

Grid pattern Gewerbegebiete

Cross-hatch pattern Mischgebiete

Rechtsgrundlagen

Für die 7. Änderung des Bebauungsplanes DR 119 "Zwischen Müggelsee, Güldenfeld und Scharlake" gelten

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 08.12.1986,
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.1977 geändert durch Änderungsverordnung vom 19.12.1986

§ 1

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 7. Änderung des Bebauungsplanes DR 119 "Zwischen Müggelsee, Güldenfeld und Scharlake" erstreckt sich über das gesamte Gebiet dieses Bebauungsplanes einschließlich seiner 1. bis 6. Änderung (siehe Übersichtsplan, Seite 2).

§ 2

Bestehende Festsetzungen

Alle Festsetzungen des Bebauungsplanes DR 119 und seiner Änderungen bleiben erhalten, soweit sie durch § 3 nicht berührt werden.

§ 3

Zulässigkeit von Handelsnutzungen

1. Zur Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben (gem. § 29 BauGB), die in Verbindung mit Handelsnutzungen stehen, ist § 11 Abs. 3 BauNVO in der Fassung der Änderungsverordnung vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2665) anzuwenden.
2. In den festgesetzten Mischgebieten und Gewerbegebieten sind folgende Einzelhandelsbetriebe und Handelsbetriebe, die im Hinblick auf den Verkauf an letzte Verbraucher den Einzelhandelsbetrieben vergleichbar sind, nicht zulässig:
 - Betriebe der Nahrungsmittelbranche
 - Betriebe zum Verkauf von Textilien und Lederwaren (Bekleidung)

(Ausschluß gem. § 1 Abs. 9 BauNVO)

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den
Stadtvermessungsamt

Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.

Hildesheim, den 22.6.1989

Stadtplanungsamt

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 22.08.88 beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß wurde am 10.06.1989 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Unterrichtung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 12.06.1989 bis 07.07.1989. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
Hildesheim, den 12.03.1990

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 25.09.1989 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den 12.03.1990

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 17.10.1989 bis 16.11.1989 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Die Auslegung ist am 05.10.1989 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.
Hildesheim, den 12.03.1990

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am der Änderung zugestimmt.

Hildesheim, den

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 05.02.1990 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 19.03.1990

Oberbürgermeister

Oberstadtdirektor

Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 30.05.1990 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB unter Auflagen / mit Maßgaben / mit Ausnahme der durch kenntlich gemachten Teile nicht geltend gemacht.

Hildesheim, den 15.08.1990

Bezirksregierung Hannover
im Auftrage

Der Rat der Stadt ist den in der Verfügung vom (Az.) aufgeführten Maßgaben / Ausnahmen in seiner Sitzung am beigetreten.

Hildesheim, den

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 05.09.1990 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 05.09.1990 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 05.09.1990

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 06.09.1991

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

gez. Kulenkampff

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 05.09.1997

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

gez. Kraaz